

Aus der Zentrale von IN VIA



Quelle: IN VIA Deutschland

IN VIA und BAG KJS beim 102. Katholik*innentag in Stuttgart: Großes Podium „Zukunft für Alle machen – wie Bildungsgerechtigkeit gelingen kann“ am 27. Mai 2022

Wieso haben 2,3 Millionen junge Erwachsene keine abgeschlossene Ausbildung? Was muss sich konkret ändern, damit Bildungsgerechtigkeit für alle Realität werden kann? Bei dem Großen Podium von IN VIA Deutschland und der BAG KJS mit etwa 200 Gästen diskutierten vier Teilnehmende Hintergründe und Lösungen. Moderiert hat Melanie Wielens.

Christian Füller, Journalist und Autor, benennt Kritikpunkte zum schulischen Bildungssystem und hebt hervor: Chancengleichheit kann nur dann gelingen, wenn auf jeder Schule gemeinsames Lernen und ein Abschluss bis zum Abitur möglich sind. Anna Grebe, Beraterin für Jugendpolitik, fordert, Jugendliche konsequent zu stärken, zu hören und in alle sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen. Dies sei in der Pandemie komplett ins Hintertreffen geraten. Evelina Danyte, Auszubildende zur Altenpflegerin wünscht sich, dass die Ausbildung mehr Praxisanteile und weniger komplexen theoretischen Unterricht enthalten würde. Nach Einschätzung von Andrea Nahles, der künftigen Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, muss die berufliche Bildung in Richtung modularer Teilqualifikationen weiterentwickelt werden, um mehr Chancen auch für Hauptschüler*innen zu erreichen. Nahles versprach zudem, sich für die flächendeckende Wiederaufnahme der Berufseinstiegsbegleitung an Schulen einzusetzen.

Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung für alle Geflüchteten

Unter Federführung von GleichBeHandeln unterzeichnete IN VIA Deutschland mit 56 Organisationen und Verbänden aus den Bereichen Flucht und Gesundheit einen Brief an Bundesminister Heil. In dem Brief wird gefordert, den Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung für alle Geflüchteten sicherzustellen und hierfür die Einschränkungen im Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Anlass für die Stellungnahme war ein Beschluss des Bundeskanzlers und der Regierungschef*innen der Länder, nach dem aus der Ukraine geflüchtete Menschen ab Juni Anspruch auf Sozialleistungen nach SGB II und XII – und damit auch zu notwendigen Gesundheitsleistungen – bekommen. Mehr unter <https://bit.ly/3mhipcc>.

Konsultation der EU-Kommission zu „Prävention schädlicher Praktiken gegen Frauen und Mädchen“

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur Erarbeitung von Empfehlungen zur Prävention schädlicher Praktiken gegen Frauen und Mädchen durchgeführt. Diese Initiative knüpft an die Mitteilung der Kommission zur Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung von 2013 an ([hier](#)). IN VIA Deutschland hat sich an der Konsultation beteiligt ([hier](#)) und die gemeinsame Positionierung von DCV, IN VIA und SkF zur Verfügung gestellt.

Aus der Zentrale des DCV

DCV und Fachverbände: Positionspapier zur Europäischen Kindergarantie

Am 14. Juni 2021 hat der Rat der Europäischen Union die Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder angenommen. Die EU-Kindergarantie zielt darauf ab, bedürftigen und von Benachteiligung betroffenen Kindern einen effektiven und kostenlosen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, zu Bildungsangeboten und schulbezogenen Aktivitäten, zu mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Schultag sowie zur Gesundheitsversorgung, zu gesunder Ernährung und angemessenem Wohnraum zu garantieren.

In Deutschland erfolgt die Umsetzung der EU-Kindergarantie mit dem Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“, der gegenwärtig durch das Bundesfamilienministerium erarbeitet wird. Der Deutsche Caritasverband e.V. begleitet diesen Prozess aktiv und hat gemeinsam mit seinen Fachverbänden BVkE, CBP, IN VIA, KTK und SkF seine wichtigsten Empfehlungen in einem Positionspapier veröffentlicht. Diese reichen vom Ausbau der Frühen Hilfen und Lotsensystemen bis hin zu einer besseren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Mehr unter <https://bit.ly/3xatqBc>.

Zwei Jahre Corona, steigende Preise: Mehr als die Hälfte der gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen verzeichnen größeren Beratungsbedarf

Immer mehr Menschen geraten in finanzielle Not. Im Frühjahr 2022 verzeichneten die gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen in Deutschland einen deutlichen Anstieg bei der Nachfrage. Eine leistungsstarke Schuldnerberatung sei unabdingbar, damit die Betroffenen dem Teufelskreis aus nicht beglichenen Forderungen, Scham und Überforderung entkommen.

Annabel Oelmann, Vorständin der Verbraucherzentrale Bremen: „Pandemie und Inflation sind bei uns deutlich zu spüren. Es kommen immer mehr Menschen, die ihre Miete und Stromkosten nicht mehr zahlen können. Auch beobachten wir, dass Ratsuchende mit psychischen Erkrankungen noch häufiger als vor Corona zu uns kommen.“ Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik Diakonie Deutschland: „Das trifft vor allem Menschen, die besonders anfällig sind, weil sie meist kein finanzielles Polster haben – wie z.B. Geringverdiener, Rentnerinnen, Solo-Selbstständige, und Studierende. Wer akut in finanzielle Not gerät, greift nach jedem Strohalm und läuft dabei Gefahr, noch tiefer in die Schuldenfalle zu tappen.“ Mehr unter <https://bit.ly/3wXNHd4>.

Kirche & Gesellschaft

Keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität

Menschenrechte verbieten Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Alle Menschen haben das Recht auf Achtung ihrer Selbstbestimmung, auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und auf Freiheit von Gewalt und Zwang. Dies für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans, intergeschlechtliche und queere Personen (LSBTIQ) sicherzustellen bleibt Aufgabe aller Staatsorgane. In einem Interview erläutert Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, was sich in Deutschland ändern muss. Mehr unter <https://bit.ly/3xmSA0Q>.

Rechte von Menschen mit Behinderungen – Gewaltschutz

Studien belegen, dass Menschen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen und Werkstätten der Behindertenhilfe derzeit nicht wirksam vor Gewalt geschützt sind. Sie erfahren psychischen Druck, körperliche oder sexualisierte Gewalt, Maßnahmen zur Geburtenkontrolle ohne ihre freie und informierte Zustimmung sowie zum Teil auch unrechtmäßige freiheitsentziehende Maßnahmen. Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen. Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen stuft die Lage in Deutschland als besorgniserregend ein und fordert eine umfassende

und wirksame Gewaltschutzstrategie für Menschen mit Behinderungen. In diesem Zuge seien auch die unabhängige externe Überwachung des Gewaltschutzes und die unabhängige Bearbeitung von Beschwerden sicherzustellen. Die Maßnahmen zum Gewaltschutz müssen begleitet werden von einer Strategie der Deinstitutionalisierung. Mehr unter <https://bit.ly/3awViHW>.

Staat darf Betroffene von sexueller Gewalt nicht allein lassen

Kerstin Claus, die neue Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, sieht ein „Recht auf Aufarbeitung“ für die Betroffenen von sexueller Gewalt. Bei der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Stuttgart dankte sie dem ZdK dafür, dass es sich für die Beteiligung dieser Betroffenen am Aufarbeitungsprozess in der Kirche stark mache. Die ZdK-Präsidentin, Dr. Irme Stetter-Karp, sagte, man sei „gemeinsam unterwegs“. Mehr unter <https://bit.ly/3mh8inV>.

ZdK-Vollversammlung fordert Recht auf Bildung und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche in der Corona-Krise

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) stellte fest, dass sich während der Covid-19-Pandemie die Lebensumstände von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen massiv verändert haben. Bestehende Ungleichheiten in der Gesellschaft verfestigten sich, Ängste und Unsicherheiten nähmen zu, Bildungsgerechtigkeit sei infrage gestellt. Politisch Verantwortliche müssten Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen als systemrelevant erkennen. Das Recht auf ganzheitliche Bildung und Teilhabe muss realisiert werden. Mehr unter <https://bit.ly/3aMlb5P>.

Ausbildung & Qualifizierung

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Überblick zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland

Die deutsche Berufslandschaft steht im Zeichen stetigen Wandels. Eine hilfreiche Orientierung zu beruflichen Bildungsmöglichkeiten bietet dabei die novellierte GOVET-Broschüre „Berufliche Aus- und Weiterbildung. Überblick über die beruflichen Qualifizierungsmöglichkeiten in Deutschland“. Mehr unter <https://bit.ly/3x9Xlcz>.

Der Billigste oder der Beste? – Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) zur Vergabepraxis in Kommunen

Als "guter Auftraggeber" soll der Staat zunehmend gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten von Auftragsfirmen gewährleisten. Zugleich muss der Preis aber möglichst niedrig sein, der Anspruch an die Qualität der eingekauften Dienstleistungen steigt jedoch. Wie Kommunen mit diesen widersprüchlichen Anforderungen in der Vergabepraxis umgehen, hat das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen (UDE) in fünf Kommunen untersucht. Ein zentrales Ergebnis: Aus widersprüchlichen Anforderungen erwachsen in der Vergabepraxis zahlreiche Konflikte und Herausforderungen, mit denen Kommunen unterschiedlich umgehen. Insgesamt bedarf es für eine sozialverantwortliche Vergabepraxis weiterer Reformen und infrastruktureller Unterstützung. Mehr unter [IAQ-Report \(Kurzinformatio\) \(uni-due.de\)](https://www.uni-due.de/iaq-report) .

Bildung

Das uneingelöste Gründungsversprechen der Grundschule

In einem Gastbeitrag für *bildungsklick* überprüft die Bildungsjournalistin Dr. Brigitte Schumann das demokratische Gründungsversprechen der Grundschule. 1920 wurde im Reichsgrundschulgesetz die vierjährige Grundschule als „die für alle gemeinsame Grundschule“ beschlossen. Dieses Gründungsversprechen sei bis heute nicht eingelöst worden. Immer noch gebe es Konfessionsschulen. Immer noch würden die meisten Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. Behinderungen in segregierten Förderschulen lernen. Immer noch würden Kinder direkt in Förderschulen eingeschult, ohne je die Grundschule kennengelernt zu haben. Ihnen werde das Recht auf gleichberechtigte soziale Teilhabe und auf gleiche Bildungschancen vorenthalten, so Schumann. Sie fordert von der Bildungspolitik das Schulsystem flächendeckend zu einem inklusiven, demokratischen und

zukunftsfähigen System umzubauen. Gute Modelle in Deutschland gebe es bereits. Mehr unter <https://bit.ly/3x4i1DW>.

Mädchen & Frauen

Gleichstellungspolitische Zusagen von der G7 gefordert

Im Rahmen des internationalen Gipfels der Women7 (W7) übergab Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats (DF), das [W7-Communiqué](#) an Bundeskanzler Olaf Scholz. Kern ist ein Forderungskatalog, der die G7 zu konkreten politischen und finanziellen Zusagen zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit aufruft. Bundesfrauenministerin Lisa Paus hatte das zweitägige Gipfeltreffen mit einer Keynote eröffnet. Außerdem diskutierte u.a. Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Anna Lührmann mit Vertreter*innen internationaler Zivilgesellschaft die Forderungen der W7. Die zweitägige Veranstaltung kann auf www.women7.org abgerufen werden. Mehr unter <https://bit.ly/39bZ0X5>.

Aus den Verbänden der Jugendsozialarbeit

Aus der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V. (BAG KJS)

Podium der BAG KJS beim 102. Katholik*innentag: Jugendliche in Armut

Silke Starke-Uekermann, BAG KJS stellte die Ergebnisse des Monitors Jugendarmut vor: Arme junge Menschen starten unter schlechteren Bedingungen in ihre Selbständigkeit als finanziell besser abgesicherte Gleichaltrige. Corona verschärfte diese Ungleichheit: Mangelnde digitale Teilhabe hängt arme Jugendliche in der schulischen Bildung weiter ab. Eine gute Berufsausbildung rücke so noch weiter in Ferne. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Kinder- und Jugendgrundsicherung müsse schnellstmöglich kommen.

Dr. Irina Volf, Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit fordert für ein jugendgerechtes Aufwachsen eine umfassende Teilhabe an Bildung. Armut ist mehr als eine materielle Unterversorgung. Philipp Löffler (Vorsitzender der LAG Jugendsozialarbeit Baden-Württemberg) berichtete, wie schwer es sei, marginalisierte Jugendliche zu erreichen und ihnen Hilfsangebote zugänglich zu machen. Dr. Volf gab mit Langzeitstudien einen hoffnungsvollen Ausblick. Laut ihren Untersuchungen gelingt es zwei Dritteln armer Kinder die Armutsspirale bis zum jungen Erwachsenenalter zu durchbrechen. Mehr unter <https://bit.ly/3tkpe0r>.

Positionspapier „Krieg gegen die Ukraine – Bildung, Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Geflüchteten sichern“

Anlässlich des Kriegs gegen die Ukraine veröffentlicht die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit ein [Positionspapier](#). Sie fordert, Bildung, Ausbildung und Teilhabe für alle jungen Geflüchteten abzusichern, denn Begleitung und Unterstützung müssten allen nach Deutschland geflüchteten Kindern und Jugendlichen offenstehen. Die BAG KJS beschreibt bestehende Angebote für junge Geflüchtete, würdigt staatliches Engagement und bürgerschaftliche Solidarität und fordert gleichzeitig von der Politik sowie von Fördergebern auf allen Ebenen die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit in Folge des Kriegs gegen die Ukraine.

Stellungnahme zur Reform des BAföG

Die BAG KJS und die Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H) begrüßen die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Bedarfssätze für Studierende zu erhöhen und die Altersgrenze im BAföG auf 45 Jahre anzuheben. Die Reform weise aber Lücken auf und bleibe in wichtigen Punkten hinter den Ankündigungen im Koalitionsvertrag zurück. In einer [Stellungnahme](#) fordert die BAG KJS u.a. die Möglichkeiten des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens (§ 13 (3) SGB VIII) bei vollzeitschulischen Ausbildungen zu verbessern und die Finanzierungsmöglichkeiten für schulische Auszubildende im Schüler-BAföG analog zur Berufsausbildungsbeihilfe zu erleichtern.

Aus dem Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Stellungnahme zur Neukonzeption des Fachkonzeptes für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) § 51 ff. SGB III

Die Bundesagentur für Arbeit hat ein neues Fachkonzept für die Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (BvB) veröffentlicht. Neu ist die Einteilung der BvB in Förderzielbereiche mit verschiedenen Förder- und Qualifizierungssequenzen. Sie können für die jungen Teilnehmenden individuell und flexibel zusammengestellt werden. Die Regelförderdauer kann künftig bis zu zwölf Monate betragen. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit wurde von der Bundesagentur für Arbeit in die Weiterentwicklung des Fachkonzeptes einbezogen, etwa über Erfahrungen aus der Praxis der Träger und Einrichtungen. In einer Stellungnahme begrüßt der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit die Flexibilität, die das neue Fachkonzept ermöglicht. Der Verbund fordert eine konsequente teilnehmer*innenorientierte und jugendgerechte Ausgestaltung von BvB, die den individuellen Bedarfen junger Menschen gerecht werden kann. Auch muss das Fachkonzept im Hinblick auf eine inklusive Ausrichtung kontinuierlich überprüft werden. Mehr unter <https://bit.ly/3NJAdlz>.

Migration & Integration

Neue gesetzliche Regelungen für Geflüchtete aus der Ukraine

Seit 01.06.2022 ist die Gesetzesänderung zum Rechtskreiswechsel der Ukraine-Flüchtlinge in die Regelsysteme des Sozialrechts (ins. SGB II und SGB XII) in Kraft. Die Bundesagentur für Arbeit hat am 23.05.2022 eine ausführliche Weisung zum Rechtskreiswechsel aus dem AsylbLG ins SGB II für Personen, die einen Aufenthaltstitel nach §24 AufenthG erhalten oder beantragt haben veröffentlicht: <https://bit.ly/3aC8DPf>. Eine gute (und wesentlich kompaktere) Zusammenfassung der beratungsrelevanten Inhalte der Weisung hat Claudius Voigt (Projekt Q, GGUA Münster) erstellt: <https://bit.ly/3thmeCi>.

Saisonbeschäftigung

Jährlich kommen über eine Viertelmillion Menschen als Saisonbeschäftigte nach Deutschland. Die Landwirtschaft ist auf diese Arbeitskräfte dringend angewiesen. Jedoch erfahren sie kaum Wertschätzung, sondern sind schlechten Arbeits- und Unterkunftsbedingungen ausgesetzt. Über die kurzfristige Beschäftigung wird den Menschen zudem der Sozialversicherungsschutz vorenthalten. In einem Newsletter hat der DGB die wichtigsten Fakten zu dem Thema zusammengestellt. Mehr unter <https://bit.ly/3NUI2fH>.

Bahnhoftsmission

Bahnhoftsmission bereitet sich auf erhöhte Unterstützungsbedarfe an den Bahnhöfen durch das 9€-Ticket vor

Die Bahnhoftsmission begrüßt die Initiative der Bundesregierung, die Bürger*innen durch ein auf drei Monate befristetes stark ermäßigtes Ticket im Nah- und Regionalverkehr zu entlasten. Das Angebot kann gerade auch für einkommensarme Menschen attraktiv sein. Zugleich werden Menschen angesprochen, die schon lange nicht mehr Bahn gefahren sind. Die Bahnhoftsmission hat gegenüber der Bahn ihre Bereitschaft signalisiert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, insbesondere im Blick auf Menschen, die auf Hilfestellungen beim Reisen angewiesen sind, zu unterstützen. Zugleich weist sie darauf hin, dass die Verfügbarkeit von ehrenamtlichen Helfer*innen aufgrund der Reisezeit und als Folge der Pandemie an einigen Stationen begrenzt ist.

Mutmacher:innen am Bahnhof auf dem Patientenkongress der Stiftung Deutsche Depressionshilfe

Die Bahnhoftsmission Frankfurt gestaltet zusammen mit der Bahnhoftsmission Leipzig einen Informationsstand auf dem Patientenkongress der SDD in Frankfurt. Sie informiert dort über die Möglichkeit, bei Bahnhoftsmissionen im Allgemeinen – und besonders qualifiziert bei den „Mutmacher-Bahnhoftsmissionen“ – Beratung, Gespräche und Unterstützung an Bahnhöfen zu erhalten.

„Willkommensfahrten“ für Geflüchtete aus der Ukraine werden bis Ende August fortgesetzt

Die Bundesgeschäftsstelle hat in Abstimmung mit der Deutsche Bahn Stiftung das Projekt „Willkommensfahrten“ in die Federführung der örtlichen Bahnhofsmision übergeben: IN VIA Berlin wird die Begleitfahrten mit Ehrenamtlichen zwischen Berlin-Hauptbahnhof und Frankfurt-Oder weiterführen. Auch bei allmählich sinkenden Ankunftszahlen ist es weiterhin sinnvoll, die Anreise zu nutzen, um besondere Hilfebedarfe zu erkennen und um die individuell notwendige Unterstützung beim Ausstieg vorzubereiten.

Druckausgabe der „Gedanken zum Tag“ 2021 erschienen

Die Broschüren werden an die Bahnhofsmisionen und an die Autor*innen verschickt. Auf der Startseite der Homepage der Bahnhofsmision (www.bahnhofsmision.de) werden wöchentlich neue sinnliche Texte veröffentlicht. Einfach mal reinschauen!

Neue Programme & Projektausschreibungen

Bundesprogramm des Europäischen Sozialfonds Plus genehmigt

Am 5. Mai hat die EU-Kommission das [deutsche Bundesprogramm](#) als europaweit erstes ESF-Plus-Programm genehmigt. Nachdem bereits am 19. April die [Partnerschaftsvereinbarung](#) als bundesweite Förderstrategie von der EU-Kommission genehmigt worden ist, kann die Umsetzung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) in der Förderperiode 2021-2027 nun offiziell beginnen. Für die Programme, in denen bereits ein Interessensbekundungsverfahren durchgeführt worden ist, besteht nun Rechtssicherheit.

Aufruf zur Beteiligung: Digitalisierungsansätze in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit

Bereits seit 2020 besteht eine Kooperation zwischen der BAG KJS und dem Institut für Medienforschung und Medienpädagogik (IMM) der Technischen Hochschule Köln, die sich darum bemüht, innovative Digitalisierungsansätze in Einrichtungen der Jugendsozialarbeit zu konzipieren. Über einen Zeitraum von zwei Semester werden zwei bis vier Studierende des Instituts mit ausgewählten Einrichtungen zusammengebracht und entwickeln gemeinsam mit den Fachkräften vor Ort praxisbezogene Maßnahmen für die jeweiligen Einrichtungen. Bei der Erprobung und der Evaluation diese Maßnahmen werden sie von Vertreter*innen der BAG KJS und den Wissenschaftler*innen der TH Köln begleitet. In einer kürzlich veröffentlichten Dokumentation sind die Ergebnisse der ersten Projektrunde dargestellt. Im Herbst dieses Jahres beginnt die nächste Projektrunde. Einrichtungen der Jugendsozialarbeit können sich ab sofort für diese bewerben. Die Dokumentation sowie weitere Informationen zur Projektbeteiligung unter <https://bit.ly/3MgjPOx>.

Literatur & Webtipps

Neue Filmreihe über Jugendarmut

Die Filmreihe „Aufstehen“ des Medienprojekts Wuppertal ist als Streaming bzw. zum Download, als Multistreaming zur Nutzung für ganze Gruppen in Kursen und Lehrveranstaltungen sowie auf DVD erhältlich. Im Mittelpunkt der Filmreihe stehen die Lebenserfahrungen und Lebensbedingungen von vielfältig von Armut betroffenen jungen Menschen. Sie zeigen und erzählen, wie ihr Alltag mit eingeschränkten Möglichkeiten aussieht, was Armut für sie bedeutet, welche Auswirkungen Armut auf sie hat und welche individuellen und gesellschaftlichen Auswege es gibt. Mehr unter <https://bit.ly/3tj4x5e>.

Podcast „Future Skills: Digitalisierung in der Jugendsozialarbeit“

Über zwei Jahre hat das Projekt „Future Skills“ der Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen (LAG KJS NRW) in mehreren Einrichtungen Angebote zur Förderung von Medienkompetenz umgesetzt. In Kooperation mit dem "jfc Medienzentrum e. V." aus Köln wurde den sozialarbeiterischen Fachkräften vermittelt, wie junge Menschen digitale Kompetenzen erlernen bzw. weiterbilden können. Die Erkenntnisse aus dem Projekt sind nun in einem Podcast zur Verfügung gestellt worden. Mehr unter <https://bit.ly/3tcoll5>.

Termine & Tagungen

Digitale Veranstaltung am 16.6: „Flucht und Migration – Themen kindgerecht und diskriminierungssensibel vermitteln“

Die Online-Veranstaltung „Flucht und Migration“ des Kompetenznetzwerks Demokratiebildung im Kindesalter am 16. Juni richtet sich an Träger und Fachkräfte im Bereich Grundschule (Ganztag-Hort). Gemeinsam mit den Expertinnen Cordula Weigel („Schule packt an!“) und Marion Nagel (Yuva Leipzig) werden verschiedene Fragen in einem praxisbezogenen Austausch in den Blick genommen, z.B.: Wie kann es gelingen, mit Kindern im Grundschulalter kindgerecht und diskriminierungssensibel über die Themen Flucht und Migration ins Gespräch zu kommen? Wie kann man Gefühlen und Verunsicherungen sowohl bei den Kindern, aber auch bei den pädagogischen Fachkräften sensibel und konstruktiv begegnen und Kindern einen Schutzraum bieten? Anmeldungen sind bis 14. Juni möglich. Mehr unter <https://bit.ly/3t716OS>.

Online-Ringvorlesung “Digitalisierung in der Sozialen Arbeit“

Im Sommersemester 2022 organisiert die Hochschule RheinMain eine Online-Ringvorlesung, die Einblicke in aktuelle Digitalisierungsprojekte und zukunftsweisende Diskurse gibt. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an Studierende, Lehrende und alle, die Interesse am Themenkomplex „Digitalisierung in der Sozialen Arbeit“ haben. Die Veranstaltungen sind kostenlos und finden in der Regel Mittwoch nachmittags statt. Mehr unter <https://bit.ly/3agqURV>.

Fort- und Weiterbildung bei IN VIA & Caritas

Aktuelle Fortbildungsangebote und Fachtagungen

IN VIA Akademie Paderborn

- **Ich sehe nicht, was ich nicht weiß! Interkulturelle Kompetenzen.** 25.08.2022, Paderborn. Nicht erst seit dem Zuwachs an Flüchtlingen gehört es zur Normalität in sozialen und pädagogischen Einrichtungen, dass dort Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen aufeinandertreffen. Die Qualität der Begegnung hängt dabei davon ab, wie viele der jeweiligen "Spiel-Regeln" des Miteinanders bekannt sind, damit nicht scheinbare Banalitäten und Selbstverständlichkeiten die Zusammenarbeit behindern. Sie werden für die Arbeit mit Menschen und Familien aus unterschiedlichen Kulturen sensibilisiert. Sie erwerben Wissen und Kompetenzen, um Konflikte zu verringern und eine bessere Zusammenarbeit zu ermöglichen. Mehr unter <https://bit.ly/3xo1Xx0>.

Fortbildungs-Akademie des DCV Freiburg

- **Datenschutz in sozialen Einrichtungen. Einführung in das KDG - rechtliche Anforderungen und Umsetzungen im operativen Tagesgeschäft.** 06. und 07.09.2022, Frankfurt am Main. In sozialen Organisationen sind sehr viele personenbezogene Daten vorhanden. Diese Daten müssen in geeigneter Weise gegen nicht rechtmäßige Verwendung geschützt werden, um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten auszuschließen. Dieses Seminar vermittelt aktuelles Grundlagenwissen über die datenschutzrechtlichen Vorschriften und ihre praxisgerechte Handhabung in caritativen Einrichtungen. Mehr unter <https://bit.ly/3NtaFzV>.

Informationen der bundeszentralen und überregionalen Fortbildungsakademien in der Caritas erhalten Sie auf deren Homepages und in den Kursprogrammen unter <http://www.caritas-akademien.de>. Die Veranstaltungen der IN VIA Akademie finden Sie außerdem direkt unter: <http://www.invia-akademie.de>.

Folgen Sie uns auch auf unserem [Twitter-Account!](#)



WOMEN  YOUTH

Frauen helfen Mädchen und jungen Frauen aus der Coronakrise
www.women4youth.de

IMPRESSUM:

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Karlstr. 40
79104 Freiburg

Redaktion: Barbara Denz/Annelie Engelbert

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 20.06.2022
Berichte sowie An- und Abmeldung vom Newsletter:
annelie.engelbert@caritas.de